

## Unsere Politik für NRW: Der Mensch steht im Mittelpunkt

von Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft**



Stadt und Land – Hand in Hand. Unter der neuen rot-grünen Landesregierung wird dieses Regierungsmotto von Johannes Rau wieder seine Gültigkeit haben. Wir beenden die kommunalfeindliche Politik der vergangenen fünf Jahre, die unseren Städten, Gemeinden und Kreise und damit unserem Land Nordrhein-Westfalen insgesamt geschadet haben. Städte und Gemeinden sind für uns keine Bittsteller, sondern Partner auf gleicher Augenhöhe.

Daher haben wir direkt nach der Regierungsbildung auch einen engen Schulterschluss mit den Kommunen gesucht.

In einer gemeinsamen Erklärung „Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der Kommunen gemeinsam nachhaltig sichern“ mit den drei kommunalen Spitzenverbänden Städtetag, Landkreistag und Städte- und Gemeindebund habe ich als Ministerpräsidentin den Kommunen eine verlässliche Zusammenarbeit für die Zukunft zugesagt. Die Regierung wird die kommunalen Spitzenverbände frühzeitig und umfassend bei allen Angelegenheiten mit Auswirkungen auf die Kommunen beteiligen.

Wir werden die Kommunen mit einem Sofortprogramm, dem Aktionsplan Kommunal-

finanzen, noch im Jahr 2010 entlasten – mit insgesamt über 600 Millionen Euro im Gemeindefinanzierungs-gesetz, bei der Grunderwerbsteuer und dem Ausbau der U3-Betreuung. Darüber hinaus werden wir gemeinsam dafür kämpfen, dass der Bund endlich auch seine Verantwortung gegenüber den Kommunen wahrnimmt. Die Unterbringungskosten für Langzeitarbeitslose und die Eingliederungshilfen für Behinderte nehmen unseren Städten und Gemeinden finanziell die Luft zum Atmen. Wir werden uns für den Erhalt der Gewerbesteuer einsetzen. Und wir wollen dafür sorgen, dass der bundesweite Solidarausgleich schwachen Kommunen zu Gute kommt – ob sie im Os-

ten liegen oder im Westen. Und Städte und Gemeinden mit Haushaltssicherung müssen wieder Zugang zu Programmen des Bundes, zum Beispiel zur Stadterneuerung, bekommen. Das Problem des kommunalen Eigenanteils muss gelöst werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass es dem Land nur gut gehen kann, wenn es auch seinen Städten und Gemeinden gut geht. Denn vor Ort entscheidet sich, ob Chancengleichheit und sozialer Zusammenhalt gelingen. Hier muss es die sozialen Frühwarnsysteme geben, die Notlagen erkennen und die

**„Städte und Gemeinden sind für uns keine Bittsteller, sondern Partner auf gleicher Augenhöhe.“**

Aus der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin

**Die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts, die ökologische industrielle Revolution, soll von Nordrhein-Westfalen ausgehen.“**

Aus der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin

## INHALT

	Seite
<b>Ralf Jäger: Stadt und Land</b>	<b>3</b>
<b>Atomkraft - nein danke</b>	<b>4</b>
<b>Umsetzung KiföG und U3-Ausbau</b>	<b>5</b>
<b>Aus unserem Sudelbuch</b>	<b>8</b>

vor allem helfen, falschen Entwicklungen vorzubeugen. Die Landesregierung setzt gezielt auf eine neue Politik, die gezielt in Vorbeugung investiert. Eine auf Prävention angelegte Politik für Kinder beginnt für uns bereits lange vor der Geburt. Sie beginnt bei der Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden bereits in der Schwangerschaft, sie setzt sich fort von der frühkindlichen Erziehung über die Kinder- und Jugendhilfe bis in die Bildungs- und Integrationspolitik.

Wer frühzeitig in gute Bildung investiert, in mehr Kinder- und Ganztagsbetreuung, in passgenaue Hilfen für Alleinerziehende und Familien und in eine vorsorgende Sozial- und Integrationspolitik, der sorgt am besten für die Zukunft vor - weil er direkt in die Zukunft investiert. Eine solche präventive Politik wird sich mittelfristig und erst recht langfristig auch finanziell rechnen.

Schon einmal war Nordrhein-Westfalen Vorreiter - beim Ausstieg aus der Atomkraft. Wir waren damals weiter als die Bundesregierung heute. Unterm Strich sind die Beschlüsse der Bundesregierung zur Zukunft der Atomkraft in Deutschland eine Kapitulation vor den Interessen der Atomwirtschaft. Sie sind gut

für wenige, aber schlecht für viele. Mit der Aufkündigung des Atomkonsenses ignoriert die Bundesregierung die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger. Die erneuerbaren Energien sind die Verlierer, weil deren atomare Konkurrenz jetzt zusätzlich gestärkt worden ist. Die mittelständischen Unternehmen, die sich auf geregelte politische Rahmenbedingungen des Atomausstiegs verlassen haben, sind in ihrer Existenz bedroht. Die Stadtwerke befürchten zu Recht Milliardenverluste – und das schlägt voll ins Kontor der Kommunen.

Das ist schlimm genug, aber es kommt noch schlimmer: Die Energieunternehmen können die neue Brennelementesteuer steuerlich absetzen. Das führt zu Ausfällen bei der Körperschafts- und der Gewerbesteuer. Nach einer ersten Kalkulation geht es dabei um bundesweit 530 Millionen Euro im Jahr – 170 Millionen weniger für die Länder, 360 Millionen weniger für die Kommunen. Daraus werden schon in wenigen Jahren Milliardenausfälle, die für kein Land und keine Stadt zu verkraften sind.



**SGK-Landesvorsitzender Frank Baranowski gratuliert im Namen der kommunalen Familie.**

Unmittelbar nach Abgabe ihrer Regierungserklärung traf sich Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** mit den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern und Landräten der SPD, um ihre Verbundenheit mit den „Kommunalen“ zu bekräftigen.



# Hannelore Kraft und ihr Team

Wir stellen hier die neue Landesregierung (Minister/innen und Staatssekretäre/innen vor)

Weitere und detailliertere Infos zu den Personen unter: [www.nrw.de](http://www.nrw.de)



## Minister, Ministerinnen und parlamentarischer Staatssekretär

Die Minister/innen sind nach dem Foto von links nach rechts beschrieben:

### HARRY KURT VOIGTSBERGER

**Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr**

Flugzeugbauingenieur

- 1979 bis 1999 Ratsmitglied Aachen
- Schulleiter des Medienberufskollegs der Stadt Köln, Kämmerer, Baudezernent und erster Landesrat beim Landschaftsverband Rheinland
- zuletzt Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland

### DR. ANGELIKA SCHWALL-DÜREN

**Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien**

Lehrerin an Gymnasien

- Studium Geschichte, Politische Wissenschaften und Französisch (Lehramt)
- Promotion in Wirtschafts- und Sozialgeschichte
- Von 1994 bis 2010 Bundestagsabgeordnete

### HORST BECKER

**Parlamentarischer Staatssekretär für Verkehr im Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr**

Speditionskaufmann

- Studium Wirtschaftswissenschaften
- Geschäftsführer der Grünen-Ratsfraktion Troisdorf
- Seit 2005 Landtagsabgeordneter

### GUNTRAM SCHNEIDER

**Minister für Arbeit, Integration und Schule**

Werkzeugmacher

- Verschiedene Tätigkeiten im Bereich des DGB und IG Metall
- zuletzt Vorsitzender des DGB Bezirks Nordrhein-Westfalen

### UTE SCHÄFER

**Ministerin für Familien, Kinder, Jugend, Kultur und Sport**

Lehrerin und Konrektorin an lippischen Grund- und Hauptschulen

- Lehramtsstudium Grund- und Hauptschule (Englisch, Mathematik, Arbeitslehre/Wirtschaft)
- 1989 bis 2000 Ratsmitglied, von 1994 bis 2000 Fraktionsvorsitzende in Lage
- Seit 2000 Landtagsabgeordnete
- Von 2003 bis 2005 Ministerin für Schule, Jugend und Kinder in NRW

### RALF JÄGER

**Minister für Inneres und Kommunales**

Groß- und Außenhandelskaufmann  
Pädagogikstudium

- 1989 bis 2000 Ratsmitglied und stellvertretender Fraktionsvorsitzender in Duisburg
- Seit 2000 Landtagsabgeordneter, 2004 Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

### HANELLORE KRAFT

**Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen**

Bankkauffrau, Diplom-Ökonomin

- Unternehmensberaterin und Projektleiterin
- Seit 2000 Landtagsabgeordnete
- Von 2001 bis 2002 Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten NRW
- Von 2002 bis 2005 Ministerin für Wissenschaft und Forschung NRW

### JOHANNES REMMEL

**Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

Lehramtsstudium Sek. I und II, Geschichte, kath. Theologie, Sport

- Von 1984 bis 1995 kommunale Mandate und Fraktionsgeschäftsführer in Siegen
- Seit 1995 Landtagsabgeordneter

### SYLVIA LÖHRMANN

**Ministerin für Schule und Weiterbildung, Stellvertretende Ministerpräsidentin**

Lehrerin für Sekundarstufe I und II, Englisch und Deutsch

- Von 1989 bis 1998 Ratsmitglied und Fraktionsprecherin in Solingen
- Seit 1995 Landtagsabgeordnete

### DR. NORBERT WALTER-BORJANS

**Finanzminister**

Diplom Volkswirt

- Staatskanzlei NRW (verschiedene Aufgabenbereiche), Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit NRW
- zuletzt Wirtschafts- und Liegenschaftsdezernent Köln – seit 2009 auch Kämmerer

### SVENJA SCHULZE

**Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung**

Unternehmensberaterin

- Germanistik- Sozialwissenschaftsstudium (Magister)
- Von 1997 bis 2000 und seit 2004 Landtagsabgeordnete

### THOMAS KUTSCHATY

**Minister für Justiz**

Rechtsanwalt

- 1989 bis 1999 Mitglied der Bezirksvertretung in Essen, seit 1999 Ratsmitglied
- Seit 2005 Landtagsabgeordneter

### BARBARA STEFFENS

**Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter**

Biologisch-technische Assistentin

- Studium Kunstgeschichte, Politik, Afrikanistik und Romanistik sowie Chemie
- Seit 2000 Landtagsabgeordnete



## Die Ministerpräsidentin und ihre Staatssekretäre, Staatssekretärinnen

Die Staatssekretäre und Staatssekretärinnen sind nach dem Foto von links nach rechts beschrieben.

### THOMAS BREUSTEDT

**Staatssekretär und Regierungssprecher**

Industriekaufmann,  
Journalist

- Studium der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre
- Verschiedene Pressezuständigkeiten in lokalen Medien, zuletzt Pressesprecher in NRW

### MARLIES BREDEHORST

**Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter**

Juristin

- Verschiedene Tätigkeiten in Bereichen der Frauenförderung, Behörden und Fachhochschulen (Lehrtätigkeit)
- zuletzt Beigeordnete der Stadt Köln u.a. für Soziales, Integration und Umwelt, Soziales, Gesundheit, Wohnen

### HELMUT DOCKTER

**Staatssekretär im Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung**

Jurist

- Verschiedene Tätigkeiten als Rechtsanwalt, Finanzverwaltung NRW, Landesministerien
- zuletzt Leiter der Abteilung „Recht und EU/International“ im Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW

### DR. BRIGITTE MANDT

**Staatssekretärin im Innenministerium**

Juristin

- Verschiedene Tätigkeiten bei der Staatsanwaltschaft und in Ministerien des Landes NRW
- zuletzt Leiterin der Abteilung Justizverwaltung im Ministerium Justiz Rheinland-Pfalz

### MARC JAN EUMANN

**Staatssekretär bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien**

Historiker M.A.

- Verschiedene Tätigkeiten als Journalist und im Ministerium für Bundesangelegenheiten NRW
- Seit 1995 Landtagsabgeordneter

### FRANZ JOSEF LERSCH-MENSE

**Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei**

Studium der Sozialwissenschaften u. Germanistik

- Mehrere Funktionen innerhalb der Bundesregierung und der SPD-Bundestagsfraktion, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- zuletzt Geschäftsführer Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg

### DR. HANS-ULRICH KRÜGER

**Staatssekretär im Ministerium für Inneres und Kommunales**

Jurist

- Verschiedene Tätigkeiten als Richter, Staatsanwalt, Oberrechtsrat.
- Stadtdirektor in Voerde danach Hauptamtlicher Bürgermeister
- zuletzt Bundestagsmitglied (Finanzpolitischer Sprecher)

### DR. WILHELM D. SCHÄFFER

**Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales**

Volkswirt

- Verschiedene Tätigkeiten als Technologieberater, beim DGB und im Arbeitsministerium NRW
- zuletzt Leiter der Abteilung Arbeit und Qualifizierung in dem für diesen Aufgabenbereich zuständigen Landesressort

### ZÜLFYIYE KAYKIN

**Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales**

Verkaufsstellenleiterin

- Seit 2004 Geschäftsführerin der DITIB (Dachverband Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) Begegnungsstätte in Duisburg-Marxloh

### PROF. KLAUS SCHÄFER

**Staatssekretär im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport**

Diplom Pädagoge

- Studium Sozialarbeit, Erziehungswissenschaften, Psychologie, Soziologie und Rechtswissenschaft
- Verschiedene Tätigkeiten bei Falken, DGB und im Jugendministerium NRW
- zuletzt im Ministerium für Familie, Generationen, Frauen und Integration

### DR. GÜNTHER HORZETZKY

**Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr**

Agrarwissenschaftler (Dipl.-Ing.)

- Verschiedene Tätigkeiten an der Uni Bonn, beim DGB, GGLF und bei der Bundesregierung
- zuletzt Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

### UDO PASCHEDAG

**Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

Jurist

- Verschiedene Tätigkeiten im Richterdienst, in Landesministerien und im Bundesumweltministerium
- zuletzt Referatsleiter im Bundesumweltministerium für Windenergie, Wasserkraft und Netzintegration der Erneuerbaren Energien

### LUDWIG HECKE

**Staatssekretär im Ministerium für Schule und Weiterbildung**

Diplompädagoge

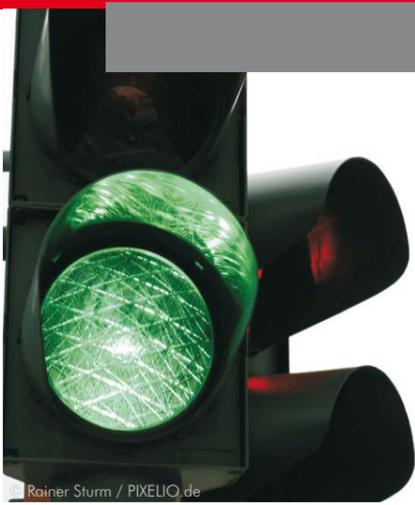
- Verschiedene Tätigkeiten im Bereich Kinder- und Jugendeinrichtungen
- zuletzt Stadtrat und Dezernent für Jugend, Schule und Ordnung in Göttingen

### DR. RÜDIGER MESSAL

**Staatssekretär im Finanzministerium**

Diplomvolkswirt

- Verschiedene Tätigkeiten in Bundes- und Landesministerien, sowie in der SPD-Bundestagsfraktion, Abteilungsleiter Finanzministerium NRW
- zuletzt Staatssekretär im Finanzministerium Rheinland-Pfalz



## Neustart „Stadt und Land - Hand in Hand“

**Ralf Jäger** steht als Minister an der Spitze des Innenministeriums, das aber seine Zuständigkeit und Verbundenheit mit den Kommunen auch im neuen Titel des Hauses zum Ausdruck bringt: Der „Minister für Inneres und Kommunales“ skizziert in einem Exklusivbeitrag für die Kommunale die Eckpunkte der Finanzhilfen für die Kommunen in NRW



Die Städte und Gemeinden in unserem Land befinden sich durch die Wirtschafts- und Finanzkrise in der schwierigsten Finanzsituation seit Jahrzehnten. Die Handlungsfähigkeit vieler Kommunen ist massiv bedroht. 90 Prozent der Kommunen in NRW können keinen Haushaltsausgleich mehr erreichen. Gemeinsames Ziel der Landesregierung ist es, die Kommunen so schnell wie möglich wieder handlungs- und zukunftsfähig zu machen. Die Landesregierung will - trotz der auch für das Land schwierigen Rahmenbedingungen - den Kommunen hierfür ein verlässlicher und vertrauenswürdiger Partner sein. Gemeinsam mit Spitzenvertretern von Städtetag, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund unterzeichnete die Landesregierung am 10. September 2010 hierzu eine „Gemeinsame Erklärung“. Darin erklärt sie mit dem „Aktionsplan Kommunal Finanzen“, für eine spürbare Verbes-

serung der kommunalen Finanzausstattung zu sorgen und die Kommunen wieder handlungsfähig machen zu wollen.

Als Soforthilfe wird die Landesregierung den Kommunen bereits mit dem Nachtragshaushalt 2010 zusätzlich rund 300 Mio. Euro im Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 zur Stärkung ihrer Finanzausstattung zur Verfügung stellen. Dazu werden die Kommunen nicht mehr mit jährlich 166,2 Mio. Euro an der Konsolidierung des Landeshaushalts beteiligt und die Kommunen können wieder an der Grunderwerbsteuer partizipieren.

Die Landesregierung wird - erstmals bereits im nächsten Jahr - im Rahmen des „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“ eine Konsolidierungshilfe für hoch belastete Kommunen leisten. Zur Frage der Ausgestaltung wird

sie, nach Vorlage des Gutachtens von Prof. Dr. Junkernheinrich und Prof. Dr. Lenk, mit den kommunalen Spitzenverbänden in einen intensiven Dialog treten.

Die Kommunen müssen im Bereich der sozialen Leistungen dauerhaft entlastet werden. Dafür wird sich die Landesregierung auf der Bundesebene mit aller Kraft einsetzen.

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Deshalb wird sich die Landesregierung für ihren Fortbestand stark machen. Ziel ist es, die Gewerbesteuer auf eine breitere Basis zu stellen und sie so zugunsten der Kommunen zu stärken.

In 2010 steht die Evaluation des Solidarpaktes Ost an. In diesem Zusammenhang wird

die Landesregierung alles tun, damit strukturschwache Regionen in Ost und West von diesen Mitteln profitieren können. Denn: Solidarleistungen müssen gerecht sein und sich an Bedürftigkeit ausrichten - nicht an Himmelsrichtungen.

Für die Zukunft will die neue NRW-Landesregierung als Partner der Kommunen die Weichen grundlegend neu stellen. Ziel ist es, allen Kommunen wieder eine verlässliche finanzwirtschaftliche Grundlage zu geben. Deshalb wird es eine weitere Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene ohne Bereitstellung der erforderlichen Mittel nicht geben.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales

## Abwahl eines Bürgermeisters oder ein unrühmliches Beispiel aus Duisburg

Adolf Sauerland bleibt im Amt. Trotz massiver Proteste und über zehntausend Unterschriften aus der Bevölkerung für die Abwahl des Duisburger Oberbürgermeisters, scheiterte der Abwahlantrag von SPD, FDP und LINKEN am Montag den 13. September im Stadtrat. Die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit wurde mit 41 statt der benötigten 50 Stimmen deutlich verfehlt. Dabei zeigten sich die Grünen uneins, die CDU stimmte geschlossen gegen den Abwahlantrag.

ters/in oder Landrats/rätin entscheiden dürfen? Vermehrt werden Stimmen laut, die fordern, dass der Abwahlantrag auch per Bürgerbegehren von den Wählern gestellt werden kann. Die Initiative „Mehr Demokratie“ zum Beispiel fordert, die gleichen Voraussetzungen für ein Abwahl-Bürgerbegehren zu schaffen, wie für andere Bürgerbegehren auch. Danach gilt je nach Gemeindegröße ein Unterschriftenquorum von 3 bis 10 Prozent aller Stimmberechtigten.

Die Notwendigkeit der Einleitung des Abwahlverfahrens durch die Bürgerinnen und Bürger haben auch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesehen und in ihrem Koalitionsvertrag verankert. Neben dem Rat sollen zukünftig auch die Bürgerinnen und Bürger direkt hinsichtlich einer Abwahl des Hauptverwaltungsbeamten initiativ werden können. Als Quorum fordern sie dabei ein Drittel aller Wahlberechtigten.

Neben dem Abwahlverfahren stellen sich aber auch die Fragen, welche weiteren Möglichkeiten der Sanktionierung der Hauptverwaltungsbeamten, insbesondere der Suspendierung durch den Rat bestehen und wie es mit ihrer versorgungsrechtlichen Situation aussieht. Zu diesen Fragen hat Innen- und Kommunalminister Ralf Jäger einen Bericht vorgelegt, der im Intranet der SGK-NRW abgerufen werden kann.



Der Fall Sauerland wirft die Diskussion auf, unter welchen Bedingungen die Abwahl eines Hauptverwaltungsbeamten möglich sein soll. Ist es richtig, dass der Stadtrat mit Zweidrittel-Mehrheit entscheiden muss, ob die Bürgerinnen und Bürger in einem weiteren Schritt über die Abwahl ihres Oberbürgermeisters/in, Bürgermeis-

## FDP rudert im Kreis

Dass die von Schwarz-Gelb zu Beginn ihrer Wahlperiode durchgepeitschte Mehrwertsteuersenkung für das Beherbergungsgewerbe ein kapitaler Rohrkrepierer geworden ist, gilt sogar in der FDP als unstrittig. Hatte es der Partei doch dank der Millionenpende des Hotelunternehmers August von Finck den Spitznahmen „Mövenpick-Partei“ sowie stetig sinkende Umfragewerte eingebracht. Inhaltlich kritisierten seinerzeit selbst unverdächtige Institutionen wie die Wirtschaftsweisen und der mittlerweile verstorbene Ehrenvorsitzende der FDP, Otto Graf Lambsdorff, diesen Teil des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“.



Nun, nachdem die FDP die Landtagswahl mit Glanz und Gloria verloren hat, geht sie von der zwischenzeitlichen Gegenposition zurück zur ursprünglichen Zustimmung. Im Landtag will sie beschließen lassen, dass der Gewinn der Mehrwertsteuersenkung doch bei den Hoteliers verbleibt und nicht über eine Übernachtungsabgabe den Kommunen und damit wieder den Bürgern zu Gute kommt.

Hintergrund des FDP-Antrages ist eine Äußerung von NRW-Finanzminister Walter Borjans, der jährlich einen dreistelligen Millionenbetrag durch eine landesweite Steuer für Hotelübernachtungen für die kommunalen Kassen erwartet. Damit will er lediglich den „kommunalen Anteil“ des Berliner FDP-Geschenks an die Hoteliers für die klammen Kommunen sichern.

Dieses Geld, welches vor der Landtagswahl noch für die Bürgerinnen und Bürger in „nicht nachvollziehbarer“ Weise dem Hotel- und Übernachtungsgewerbe zufließen sollte, soll nun doch wieder bei den Mövenpicks dieser Welt verbleiben? Hat sich etwa August von Finck nochmal bei der FDP gemeldet oder weiß die FDP einfach nicht mehr wann sie wofür oder wogegen war?



© Manwalk / PIXELIO.de

## Atomkraft: Widerstand gegen Schwarz-Gelb wächst

# Nicht nur bei der Bevölkerung wächst der Widerstand: Länder, Kommunen und Stadtwerke sagen „Nein!“



Der schwarz-gelbe Energiekompromiss stößt bei Opposition, Atomkraftgegnern und den Kommunen zunehmend auf Widerstand. Scharf kritisierte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, dass Sicherheitsfragen für die Bundesregierung keine Rolle spielen. Die Länder fürchten zudem Einnahmeausfälle, weil die Konzerne die Brennelementesteuer als Betriebsausgabe absetzen können. Auch Hannelore Kraft macht bei ihrem Widerstand gegen die Atompläne auf die wirtschaftlichen Folgen für NRW aufmerksam.

„Ich glaube, diese Entscheidung ist schlecht für den Wettbewerb in den Energiemärkten“, sagte der Chef der Stadtwerke Hannover, Michael Feist. Die deutschen Stadtwerke fürchten Milliardenverluste, weil sie sich in der Vergangenheit auf Investitionen in Öko-Energien und Kraftwerkparcs konzentriert hatten.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft bekräftigte die Pläne, ge-

gen die Laufzeitverlängerung zu klagen, weil der Bundesrat bei der Entscheidung außen vor gelassen werde.

Die Kanzlerin hatte die Einigung auf das Energiekonzept am vorletzten Wochenende als „Revolution“ angepriesen. Die Atommeiler sollen bis zu 14 Jahre länger laufen – wenn sie durchgängig laufen. Da immer wieder zwischenzeitliche Ausfälle durch Wartung oder Reparaturen zu erwarten sind, ist aber davon auszugehen, dass die letzten Atomkraftwerke nicht vor 2040 vom Netz gehen. Statt etwa 2022, wie im noch gültigen rot-grünen Ausstiegsgesetz festgeschrieben ist.

### Schäuble saniert Haushalt auf Kosten der Länder und Gemeinden

Aus den Reihen der Bundesländer wird der Ruf nach einem finanziellen Ausgleich wegen der Brennelementesteuer laut. Der rheinland-pfälzische Finanzminister Carsten Kühl (SPD) warf Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vor, mit der geplanten Atomsteuer den Bundeshaushalt auf Kosten

von Ländern und Gemeinden zu sanieren.

Weil die Atomwirtschaft die Steuer als Betriebsausgabe absetzen könne, entstünden vor allem bei der Körperschaft- und der Gewerbesteuer Ausfälle von gut 700 Millionen Euro. Fast die Hälfte der Summe entfalle auf die Kommunen und rund ein Viertel auf die Länder, sagte Kühl. Es dürfe nicht sein, dass der Bund im Alleingang seine Einnahmen verbessere, in dem er die gemeinsame Steuerbasis aushöhle, kritisierte Kühl. Schäuble müsse mit den Ländern Verhandlungen über einen finanziellen Ausgleich aufnehmen. Denkbar seien zum Beispiel höhere Anteile an der Umsatzsteuer, sagte der SPD-Politiker.

**„Nun wissen wir alle, warum Schwarz und Gelb die Warnfarben vor Radioaktivität sind“**

Jürgen Trittin, Fraktionschef der Grünen

und hocheffiziente Kraftwerksanlagen anderer Wettbewerber, sie den Stadtwerken, zu ersetzen.

Zugleich äußert sich der VKU-Präsident besorgt über den weiteren Verlauf der energiepolitischen Debatte: „Es ist absehbar, dass die Position der Bundesregierung einen großen gesellschaftlichen Konflikt und einen Verfassungsverstoß auslösen wird. Klarheit über den weiteren Kurs wird es erst in einigen

Jahren nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts geben. Diese Klarheit ist aber dringend geboten für die anstehende Energiewende“

„Der Atomkurs der Bundeskanzlerin schadet dem Energie- und Industrieland Nordrhein-Westfalen. Laufzeitverlängerungen verhindern mehr Wettbewerb und zementieren das Monopol der großen Energiekonzerne. Investitionen in Milliardenhöhe stehen auf dem Spiel, wenn der schwarz-gelbe Atomkurs nicht gestoppt wird. Laufzeitverlängerungen schaden den kleinen Marktteilnehmern wie den Stadtwerken, dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem heimischen Maschinen- und Anlagenbau gleichermaßen. Gerade Nordrhein-Westfalen wäre hiervon besonders betroffen. Auch deshalb wird NRW im Bundesrat einer Laufzeitverlängerung nicht zustimmen. Gegen die Versuche der schwarz-gelben Bundesregierung, eine Laufzeitverlängerung am Bundesrat vorbei durchzusetzen, wird sich NRW mit allen rechtlichen Mitteln zur Wehr setzen.“

### Stadtwerke: Bundesregierung behindert Wettbewerb auf dem Energiemarkt

„Die Marktmacht der großen Konzerne bei der Energieerzeugung wird durch die Vorfestlegungen der Bundesregierung zementiert“, so Stephan Weil, Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Vorsitzender der Bundes-SGK und Oberbürgermeister der Stadt Hannover.

Der VKU fordert die Bundesregierung auf, dass die wettbewerblichen Komponente nicht außer Acht gelassen wird und es eine Kompensation auf der Erzeugungsseite geben muss. Laut Weil sollten die alten Kohlekraftwerke der Energiekonzerne vom Netz genommen werden, um diese durch neue

## Kürzungspläne bei der Städtebauförderung verhindern

„Die Kürzungspläne der Bundesregierung für die Städtebauförderung treffen die Kommunen in NRW unmittelbar und gefährden angesichts auslaufender Konjunkturprogramme Arbeitsplätze im regionalen Handwerk und Gewerbe“, kritisiert **Jochen Ott MdL** und frisch gewählter SPD-Sprecher für Bauen, Wohnen und Verkehr die Pläne der Bundesregierung. Damit steht er nicht allein.



schaften, die Wohnungswirtschaft, ja sogar die Verkehrsministerkonferenz der Länder will den Kahlschlag verhindern.

„Die Städte und Gemeinden werden mit den Herausforderungen des demografischen Wandels und den damit verbundenen Aufgaben beim Stadtumbau von der Bundes-

regierung alleine gelassen. Die Kürzungspläne bringen die Städtebauförderung in eine gravierende Schieflage und schwächen darüber hinaus die regionale Wirtschaftskraft. Neue Projekte haben keine Finanzierungssicherheit mehr und selbst die Finanzierung bereits laufender Stadtentwicklungsmaßnahmen wäre nicht mehr sicher“, kritisiert auch Frank Baranowski, SGK-Landesvorsitzender die Pläne des Bundes

Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) löst jeder investierte Euro das 8,5 fache an privaten und öffentlichen Investitionen aus. Für NRW würde dies rund 340 Millionen Euro weniger an Investitionen in die Städte und Gemeinden bedeuten. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt das Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI): Ein Euro Städtebauförderungs-Bun-

desmittel stößt danach bis zu acht Euro weitere öffentliche und private Investitionen an.

Die Sonderkonferenz der Bauminister der Länder hat darum in einem einstimmigen Beschluss auf ihrer Konferenz am 3. September 2010 festgestellt, dass die Städtebauförderung ein Vielfaches dessen leistet, was sie kostet. Sie erhöht und modernisiert das öffentliche Anlagevermögen und sichert Beschäftigung im örtlichen Handwerk und Baugewerbe. Deshalb kritisiert auch NRW-Bauminister Harry K. Voigtsberger die Pläne der Bundesregierung: „Herr Ramsauer (CSU) muss sich gegenüber dem Finanzminister durchsetzen.“

Die negativen Auswirkungen betreffen zu allererst die strukturschwachen Regionen, vor allem die ländlichen Räume und alt-industrialisierte Regionen „Wir reden viel über die Defizite der Integrationspolitik. Gelungene Integration erfordert aber auch eine gebaute Umwelt, die soziale Konflikte vermeidet statt zu befördern“, weist Ott auf die soziale Bedeutung des Städtebaus hin.

Schließlich sind die Investitionen kein Luxus: Der tatsächliche Investitionsbedarf in den Städten und Gemeinden ermittelt das zuständige Bundesministerium selbst mit 64 Mrd. Euro bis 2013. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat 2008 belegt, dass

die kommunalen Investitionen seit 1992 rückläufig sind und dass der Investitionsrückstand 704 Mrd. Euro beträgt.

Als Konsequenz der Kürzungspläne des Bundes fordern SPD und Grüne in einem gemeinsamen Antrag den Beschluss der Sonderkonferenz der Landesbauminister vom 3. September 2010 zu unterstützen und die Kürzungspläne der Bundesregierung für die Städtebauförderung abzulehnen.

Im Gegensatz zur Stadtentwicklungspolitik des Bundes soll die Landesregierung die Landesmittel für die Städtebauförderung auf dem bisherigen Niveau halten, weil sie für die Fortführung der bestehenden Maßnahmen sowie neue Schwerpunktsetzungen unverzichtbar sind.

Jochen Ott fordert aber auch die Kommunalpolitiker auf, das Thema in die Ratspolitik zu tragen und die Bundestagsabordneten der Parteien zu dem Thema zu stellen.

# Hans-Willi Körfges: „Wir sind bei den Kommunen im Wort“

**Herzlichen Glückwunsch, Du bist zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden für den Bereich „Staatspolitik“ gewählt worden. Wo genau liegen die Aufgabengebiete?**

Der Bereich „Staatspolitik“ umfasst die Politikfelder Kommunales, Haushalt und Finanzen, Innen, Recht, Haushaltskontrolle und Petitionen, also ein Aufgabengebiet mit vielen Verknüpfungspunkten. Der Bereich Kommunales ist neben der Bildungspolitik ein wesentlicher Schwerpunkt der politischen Arbeit der rot-grünen Regierung und der SPD-Landtagsfraktion.

**Welche Schwerpunkte setzt die SPD Landtagsfraktion im Bereich Kommunales?**

Wir haben eine Menge zu reparieren, die abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung hat viele Probleme hinterlassen. Statt strukturschwachen Kommunen zu helfen, hat Schwarz-Gelb die Kommunen erheblich belastet. Deshalb ist die Entlastung von der schwierigen Finanzsituation unserer Kommunen ein absoluter Schwerpunkt. Darüber hinaus wollen wir kommunalfreundlichen Änderungen im Gemeindefinanzrecht rückgängig machen und die Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Unternehmen verbessern. Schließlich werden wir die kommunale Demokratie und die Selbstverwaltung auch im Bereich des Wahlrechts verbessern. Dazu gehört,



dass Hauptverwaltungsbeamte und Räte bzw. Kreistage wieder gemeinsam gewählt werden, die Stichwahl wieder eingeführt und die Einführung einer Sperrklausel geprüft wird.

**Die CDU-Opposition behauptet, die Initiative der Landesregierung zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation sei ein Strohfeuer. Wie geht die SPD-Landtagsfraktion mit dieser Behauptung um?**

Da bleiben wir ganz gelassen. Die Politik in der letzten Wahlperiode hat

unsere Kommunen an den Rand des Ruins getrieben. Geradezu lächerlich ist, dass sich jetzt die Verantwortlichen dafür als Kritiker der neuen Landesregierung profilieren wollen. Ralf Jäger hat als Kommunalminister unmittelbar nach seinem Amtsantritt den „Aktionsplan Kommunalfinanzen“ auf den Weg gebracht, durch den die Kommunen jährlich Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Millionen Euro erhalten werden. Eine dauerhafte und vor allem strukturelle Hilfe für alle Kommunen. Gleichzeitig wollen wir den Stärkungspakt Stadtfinanzen auf den Weg bringen, der den Kommunen in besonderen Notlagen helfen soll. Wir stehen zu unserem Versprechen, den Kommunen sofort und nachhaltig zu helfen.

**Warum ist die Revitalisierung des Gemeindefinanzrechtes in NRW erforderlich?**

Erfolgreiche kommunale Unternehmen sind nicht nur wichtig für die Daseinsvorsorge sondern sie sind ein wichtiger Partner für die Menschen, Vereine und Institutionen sowie für das örtliche Handwerk und den Mittelstand. Unser Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Unternehmen zu stärken und die Fesseln der Ideologie „Privat vor Staat“ zu lösen.

**Wie schätzt Du die Möglichkeit ein, für die ehrgeizigen Pläne der Regierungskoalition die erforderlichen Mehrheiten zu erhalten?**

Ich bin mir sicher, dass alle Kommunalpolitikerinnen und -politiker in Nordrhein-Westfalen wissen, worum es geht, auch wenn sie im Landtag sitzen. Eine Partei wie die CDU, die sich als kommunal verankerte Volkspartei versteht, sollte ein Interesse an der Stärkung der Kommunen haben. Bei den vorliegenden Anträgen können alle beweisen, wie ernst es ihnen damit ist, den Kommunen zu helfen. Wir laden alle im Landtag vertretenen Fraktionen ein, mitzumachen, statt sich zu verweigern.

**Wie stellt sich die SPD-Landtagsfraktion die Zusammenarbeit mit der SGK vor?**

Gemeinsam mit der SGK ist es der Landtagsfraktion und der Partei nicht nur im Landtagswahlkampf gelungen, kommunalpolitische Themen ins Zentrum der Öffentlichkeit zu rücken. Für die Umsetzung unserer gemeinsamen Ziele muss diese erfolgreiche Arbeit fortgesetzt werden. Die SPD ist gerade in der Regierungsverantwortung auf einen intensiven Austausch mit den „Kommunalen“ angewiesen. Im Koalitionsvertrag haben wir das Ziel formuliert, „die enge Partnerschaft zwischen Stadt und Land zu erneuern“. Hierzu gehört die enge partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Landtagsfraktion und SGK. Ich freue mich auf ein kritisch-konstruktives Miteinander im Interesse unserer Städte, Gemeinden und Kreise.

## Förderprogramme zur Gebäudesanierung erhalten

Während die SPD gemeinsam mit der SGK im Bund und den Ländern an der Seite der Kommunen steht, spart die schwarz-gelbe Bundesregierung auch in anderen Bereichen zu Lasten der Kommunen:

Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm wird ebenfalls um die Hälfte auf 450 Mio. Euro gekürzt. Auch diese Mittel fehlen vor Ort.

Allein in NRW müssen ca. 85 % der 8,3 Millionen Wohnungen energetisch saniert werden. Der energetischen Gebäudesanierung fällt somit eine zentrale Rolle beim Klimaschutz zu. Einer der wichtigsten Kreditgeber für die energetische Gebäudesanierung ist die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW). Die Programme der KfW können mit attraktiven Bedingungen für viele Bürgerinnen und Bürger überhaupt erst den Anreiz schaffen, in eine energetische Gebäudesanierung zu investieren.

Die bisherigen KfW-Gebäudesanierungsprogramme sichern und schaffen langfristig ausgerichtete Arbeitsplätze, lösen über sekundäre Nachfrageimpulse zusätzliche Wertschöpfung aus. So flossen im Jahr 2009 1,8 Mrd. Euro aus KfW-Programmen für die energetische Gebäudesanierung nach NRW. Das entspricht mehr als 135.000 geförderten Wohneinheiten. Allein mit dem KfW-Programm „Einzelmaßnahmen“ (z. B. Dämmung, Heizungserneuerung, Fenster-austausch oder Lüftungseinbau) wurde in unserem Bundesland die Sanierung von 42.745 Wohneinheiten bei einem Kreditvolumen von 499 Mio. Euro ermöglicht.

Expertenschätzungen zufolge sichert bzw. schafft jede in die energetische Gebäudesanierung investierte Milliarde Euro 18.000 bis 21.000 Arbeitsplätze.

Zum 01.09.2010 reduziert die KfW ihre Programme „Energieeffizient Sanieren“ erheblich. So wird der Programmbereich „Einzelmaßnahmen“ komplett gestrichen. Sondermaßnahmen wie der Austausch von Nachtspeicheröfen werden ebenfalls nicht mehr gefördert. Verantwortlich für die Verschlechterungen in den KfW-Programmen ist die Bundesregierung, da sie Haushaltsmittel in diesem Bereich von 2,2 Mrd. Euro im Jahr 2009 auf 1,35 Mrd. Euro für das Jahr 2010 zusammengestrichen hat. Im nächsten Jahr sollen es nach den Haushaltsplanungen der Bundesregierung sogar nur noch 450 Mio. Euro sein. Diese Kürzung um ca. 75 % bedroht Fortschritte bei der Gebäudesanierung, im Klimaschutz und gefährdet Arbeitsplätze im Mittelstand.

Dies steht in eklatantem Widerspruch zu den Vorgaben des Berliner Koalitionsvertrages von CDU und FDP vom 26. Oktober 2009. Denn hier heißt es: „Wir werden das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm wirkungsvoller ausgestalten, um die derzeitige Sanierungsquote zu steigern.“

Einmal mehr ist die schwarz-gelbe Bundesregierung wortbrüchig geworden. Einmal mehr zu Lasten der Städte und Gemeinden. Für die SPD ist das Programm Bestandteil einer sozialen, umweltgerechten und wirtschaftsfördernden Politik. Sie will das Programm erhalten.

## Umsetzung des KiFöG und U3-Ausbau in NRW: Alte Landesregierung hinterlässt Scherbenhaufen

Spätestens mit der Urteilsverkündung durch den Verfassungsgerichtshof (VGh) am 12. Oktober dürfte deutlich werden, welchen Scherbenhaufen die alte Landesregierung im Bereich Kinder- und Jugendförderung hinterlassen hat. In der mündlichen Verhandlung Mitte September ließ das Gericht nämlich durchblicken, dass die Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) in NRW den Aufgabenbereich der Kommunen erheblich erweitert hat, ohne dass die abgewählte Schwarz-Gelbe Landesregierung die damit verbundenen massiven finanziellen Mehrbelastung für die Kreise und kreisfreie Städte ausgleichen wollte. So müsste etwa die Stadt Münster ab 2013 mehr als 800 zusätzliche Betreuungsplätze einrichten und dafür mit Mehrausgaben von rund 3,8 Mio. Euro rechnen, in Duisburg schlug dies mit rund 9,5 Millionen Euro zu Buche. Gegen die Umsetzung des KiföG unter Missachtung des Konnexitätsprinzips hatten 21 Städte und Gemeinden sowie zwei Kreise geklagt.

Doch damit nicht genug, auch beim Ausbau der U3-Plätze besteht das Erbe der Vorgängerregierung aus „nicht eingehaltenen Zusagen, begonnenen Baumaßnahmen, die nicht zu Ende geführt werden können und Eltern, Träger und Kommunen, die vor Schulden stehen“, wie die neue Familien- und Jugendministerin Ute Schäfer (SPD) die Lage nach dem Regierungswechsel beschreibt.

Die ehemalige Landesregierung habe ohne jegliche politische Steuerung über mehrere



Jahre die vom Bund im Rahmen des Investitionsmittelprogramms zum U3-Ausbau zur Verfügung gestellten Mittel nach dem Windhundprinzip verteilt und darüber hinaus die Träger quasi aufgefordert, auch ohne Antragstellung zu bauen. Erst nachdem das Programm bereits zweieinhalb Jahre lief, sei dem zuständigen Minister aufgefallen, dass auf diese Weise nicht alle Kommunen und Träger im Land gleichermaßen am Ausbau der U3-Plätze beteiligt werden können und einen Bewilligungsstopp erlassen. „Damit wurden Eltern, Träger und Kommunen, die zum Teil bereits in finanzielle Vorleistung gegangen sind, in eine unverantwortliche Notlage gebracht“, erklärte Schäfer.

Die neue Regierung hat darum zwei Wochen nach Regierungsübernahme einen Soforthilfepotenzial in Höhe von 6 Mio. Euro zur Verfügung gestellt und wird über den Nachtragshaushalt weitere 150 Mio. Euro ins System geben. Ebenso werden Bundesmittel für den U3-Ausbau nun ungeschmälert an die Kommunen fließen. Die „Politik der klebrigen Hände“ der Vorgängerregierung hat damit ein Ende. Konkret bedeutet dies für 2011 rund 77 Mio. Euro und 110 Mio. Euro für 2012, die an die Kommunen weitergeleitet werden.

# Die Arbeit hat begonnen

Weitere Infos unter [www.sgk-nrw.de](http://www.sgk-nrw.de) (Projektgruppen)

Der SGK-Landesvorstand beschloss Anfang des Jahres Projektgruppen zu kommunalpolitisch relevanten Themen einzusetzen. Hier eine kurze Berichterstattung über die ersten Treffen.



## Expertengruppe „Kommunalfinanzen“

Die Expertengruppe „Kommunalfinanzen“ konstituierte sich unter der Leitung von **Michael Makiolla**, Landrat Unna, am 25. August 2010 im Düsseldorfer Landtag und konnte zu Beginn ihrer Arbeit den neuen Minister für Kommunales, Innenminister Ralf Jäger, begrüßen. Inhaltlich wird sich die Expertengruppe in den nächsten Sitzungen mit dem Leitfaden für Kommunen in der Haushalts-sicherung sowie der Umsetzung des Stärkungspaktes Stadtfinanzen auseinandersetzen. Weitere Themen werden die Überarbeitung des NKF, die Reform der Grundsteuer und der "Dauerbrenner" Gewerbesteuer sein.



## Expertengruppe „Kommunalverfassungsrecht“

Unter der Leitung von Bürgermeister **Dr. Wolfgang Honsdorf** befasst sich die Expertengruppe „Kommunalverfassungsrecht“ mit Vorschlägen zur Reform des Kommunalwahlrechts (Wiedereinführung der Stichwahl, Zusammenlegung von Wahlen und Einführung einer moderaten Sperrklausel) und der Gemeinde- und Kreisordnung in NRW (Stärkung des kommunalen Ehrenamtes, Fraktionsfinanzierung, Statusrecht für Hauptverwaltungsbeamte, Bürgerentscheide und Kommunalrat).



## Projektgruppe „Kommunalwirtschaft und Daseinsvorsorge“

Die Projektgruppe „Kommunalwirtschaft und Daseinsvorsorge“ befasste sich in seiner ersten Sitzung unter der Leitung von **Bernd Scheelen MdB**, am 26. September vor allem mit dem, von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Gesetzentwurf zur Revitalisierung des Gemeindefinanzrechts. Hierzu führt sie, zusammen mit der Expertengruppe „Kommunalverfassungsrecht“ am 19. Oktober 2010 ein Fachgespräch durch (siehe Vorankündigung) in dem überparteilich der Gesetzentwurf zur Diskussion gestellt werden soll. Die Projektgruppe wird sich zudem unter anderem mit dem Thema Wasser/Abwasser beschäftigen sowie aktuelle Themen kritisch begleiten.



## Projektgruppe „Neue Allianzen – gleichwertige Lebensbedingungen“

Die Projektgruppe „Neue Allianzen“ will unter Leitung von Bürgermeisterin **Marion Weike** schwerpunktmäßig das Flächenmanagement im ländlichen Raum in den Focus nehmen und bereitet hierzu eine Veranstaltung mit „best-practice“-Beispielen vor. Darüber hinaus wird die Projektgruppe eine Veröffentlichung zum Thema „Kommunaler Verbraucherschutz“ vorbereiten.



## Projektgruppe „Zukunft der Mobilität“

Die Projektgruppe „Zukunft der Mobilität“ unter Leitung von Bürgermeister **Dietmar Bergmann** wird sich mit Fragen der Organisation und Finanzierung des ÖPNV und insbesondere der Einführung des Sozialtickets in NRW befassen. Darüber hinaus bereitet die Projektgruppe eine für das Jahr 2011 geplante Veranstaltung zum Thema „Elektromobilität“ inhaltlich vor.



## Projektgruppe „Kultur in Not?“

Die Projektgruppe „Kultur in Not?“ unter der Leitung von Bürgermeisterin **Dr. Angelika Kordfelder** befasste sich in ihrer ersten Sitzung mit dem Thema „Veränderungen in der Kulturförderung“ und gab sich zum Ziel, keine weitere Klageschrift zu dem Thema zu verfassen, sondern Umbrüche als Chance für Neues zu nutzen und zu beschreiben. So wird man sich in den nächsten Sitzungen verstärkt mit den Themen zivilgesellschaftliches Engagement, neue Ansätze in der Landesförderung und Nachhaltigkeit (Masterplan Kultur für das Ruhrgebiet) auseinandersetzen.



## Projektgruppe „Bildung & Betreuung“

Die Projektgruppe Bildung & Betreuung wird sich am 28. September im Landtag konstituieren. Unter der Leitung von **Claus Haase** wird sie die Umgestaltung der Schullandschaft begleiten und sich Themen wie der Reform des Kibiz, der schrittweise Einführung des gebührenfreien Zugangs zu allen Bildungseinrichtungen und dem Ausbau der Ganztagsbetreuung in der Sekundarstufe I widmen. Hierzu soll sie Umsetzungsempfehlungen für die Kommunen erarbeiten und die Scharnierfunktion zwischen den Städten und Gemeinden auf kommunaler Seite und der Landtagsfraktion sowie des Schulministeriums auf Landesebene übernehmen.

## Gemeindefinanzrecht – Alles auf Anfang?

Gemeindefinanzrecht  
ALLES AUF ANFANG?

Ein Fachgespräch zur Änderung des Gemeindefinanzrechts

Einladung

die SGK

### Fachgespräch der SGK-NRW am 19. Oktober im Landtag

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mit ihrem Gesetzentwurf zur Revitalisierung des Gemeindefinanzrechts umfangreiche Änderungen der §§ 107 ff. Gemeindeordnung NRW vorgelegt. Um diesen Gesetzentwurf überparteilich zu diskutieren, veranstaltet die SGK-NRW am 19. Oktober 2010 im Landtag NRW ein Fachgespräch mit dem Titel „Gemeindefinanzrecht – Alles auf Anfang?“ Als Referenten werden neben Hans-Willi Körfges MdL für die SPD-Landtagsfraktion, Guntram Pehlke, Vorstandsvorsitzender der Dortmunder Stadtwerke AG sowie ein Vertreter des Verbands kommunaler Unternehmen e.V. anwesend sein.

Die Veranstaltung richtet sich an kommunale Unternehmen und Institutionen, fachlich involvierte Verbände, Landespolitiker/innen, Vertreter/innen der Verwaltungen und fachlich zuständige Kommunalpolitiker/innen.

Interessierte Personen können sich bis zum 11. Oktober 2010 bei der Geschäftsstelle der SGK-NRW ([info@sgk-nrw.de](mailto:info@sgk-nrw.de)) anmelden.

**EINGRUPPIERUNG**

**UND AUFWANDSENTSCHÄDIGUNG VON KOMMUNALEN WAHLBEAMTEN**

Der Innenminister des Landes NRW hat im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die „Verordnung über die Eingruppierung der kommunalen Wahlbeamten auf Zeit und die Gewährung von Aufwandsentschädigungen durch die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie weitere Körperschaften des öffentlichen Rechts (Eingruppierungsverordnung – IngrVO) geändert. Die Änderung der IngrVO ist am 24. Juli 2010 in Kraft getreten. Die IngrVO regelt die besoldungsrechtliche Eingruppierung von (Ober-)Bürgermeistern und Landräten, deren allgemeine Vertreter sowie der sonstigen Beigeordneten. Darüber hinaus regelt die IngrVO die Höhe der Aufwandsentschädigung, die kommunalen Wahlbeamten neben ihrer Besoldung zu zahlen ist. Die nunmehr vorgenommen Änderungen haben – wie von der kommunalen Spitzenverbänden in NRW seit langen gefordert - zu einer Strafung der Stufen und Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für kommunale Wahlbeamte geführt. Auch werden die Aufwandsentschädigungen der kommunalen Wahlbeamten wie die von Ratsmitgliedern zukünftig regelmäßig dynamisiert, d.h. der Preisentwicklung angepasst. Eine Änderung bei der besoldungsrechtlichen Eingruppierung der kommunalen Wahlbeamten wurde nach dem Vernehmen nach erfolgter Evaluierung nicht vorgenommen.

Im Themenportal des Intranets kann die Neufassung der IngrVO unter der Rubrik „Verwaltung“ abgerufen werden.



**IMPRESSUM**

**Die Kommunale Zeitung**

**Herausgeber:**

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e. V. (SGK NRW)  
 Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf  
 Tel.: 0211-876747-0, Fax: 0211-876747-27,  
 Mail: info@diekommunale.de,  
 Internet: www.diekommunale.de

**Verantwortlich (auch für Anzeigen):**

Bernhard Daldrup, Landesgeschäftsführer der SGK NRW

**Satz und Gestaltung:**

SGK NRW, Postfach 20 07 04, 40104 Düsseldorf  
 Fotos: Zahlreiche Helfer und www.pixelio.de

**Druck:**

Gribsch & Rochol Druck GmbH,  
 Gabelsbergerstr. 1,  
 Gewerbepark Hamm-Rhyern,  
 59069 Hamm

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

**SPD-Bundespartei Vorstand beschließt Resolution**

**„Soforthilfe für die Kommunen - Gewerbesteuer weiterentwickeln“**

In der Ende August verabschiedeten Resolution wird die schwarz-gelbe Koalition aufgefordert, sofort dem von der SPD vorgeschlagenen Rettungsschirm für die Kommunen im Bundestag zuzustimmen. Die Einnahmeausfälle für die Kommunen in Folge des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und des Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorschriften, die zusammen pro Jahr rund 2,3 Mrd. Euro Einnahmeausfälle erzeugen, müssten sofort kompensiert werden.

Die SPD lehnt das so genannte Sparpaket der Bundesregierung entschieden ab, weil es sozial unausgewogen sei und die Kommunen noch weiter stark belasten werde. Die vorgesehenen Eingriffe in die Sozialgesetze, insbesondere im Leistungsrecht des SGB II, in der Arbeitsmarktpolitik und im Wohngeld, würden die Sozialausgaben der Kommunen noch weiter lassen. Das Vorhaben, die Städtebauförderungsmittel, die einen maßgeblichen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen leiste, erheblich zu reduzieren, müsse sofort vom Tisch. Die Kommunen bräuchten verlässlich diese Städtebauförderungsmittel, damit sie nach dem Auslaufen des Konjunk-

turprogramms Ende 2010 ihre Investitionen zu Lasten des ortsansässigen Handwerks und der regionalen Unternehmen nicht noch weiter einschränken müssten.

Die SPD fordert Bund und Länder auf, die Gemeindefinanzen noch in diesem Jahr zu stabilisieren. Sie unterstützt die Vorschläge der Kommunalen Spitzenverbände nach Weiterentwicklung der Gewerbesteuer und Entlastung von Sozialausgaben. Die Gewerbesteuer müsse durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und die Einbeziehung von Selbstständigen und Freiberuflern gestärkt werden, so wie dies auch das Kommunalmodell der Kommunalen Spitzenverbände vorsehe. Durch diese Maßnahmen könne die Abhängigkeit von den versteuerten Gewinnen nur weniger Steuerzahler vor Ort verringert, das deutsche Steuersubstrat vor Gewinnverlagerungen gesichert und die Steuerbasis auch wirtschaftlich schwächerer Kommunen gestärkt werden.

Ebenso wichtig als Instrument zur Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen bleibe die Veränderung der Mitfinanzierung sozialer Sicherungssysteme durch die Kom-



munen. Die Soziallasten der Kommunen hätten bereits eine Größenordnung von rund 40 Mrd. Euro erreicht. Daher fordert die SPD, die derzeitigen Regelungen zur Finanzierung der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und die Mitfinanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung durch den Bund in der Gemeindefinanzkommission einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Ihr Ziel seien handlungsfähige Kommunen und eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung bei den herausragenden Aufgaben von Chancengleichheit, Integration und Investitionen.

**Buch-Tipps**

**KRITISCHES HANDBUCH DER DEUTSCHEN ELEKTRIZITÄTSWIRTSCHAFT  
 BRANCHENENTWICKLUNG -  
 UNTERNEHMENSSTRATEGIEN -  
 ARBEITSBEZIEHUNGEN**

von Heinz-J. Bontrup und Ralf-M. Marquardt, Hans Böckler Stiftung (Hrsg.), Verlag edition sigma, Berlin 2010, ISBN 978-3-8360-8712-4, 475 Seiten, 29,90 Euro.

Die Liberalisierung der deutschen Elektrizitätswirtschaft zielte primär darauf, Produktivitätsreserven zu bergen. Zugleich wurde die Absicht verfolgt, in der Erzeugung Versorgungssicherheit zu gewährleisten sowie Nachhaltigkeits-Ziele zu berücksichtigen. Welche Ergebnisse hat die Umwälzung des Strommarkts tatsächlich erbracht? Dieses Handbuch zieht dazu eine überaus kritische Bilanz. Es zeichnet systematisch den politischen Entscheidungsprozess nach und verdeutlicht, wie sehr die Marktöffnung einer funktionierenden Regulierung bedarf. Die Autoren stellen umfassend dar, wie sich die Marktstrukturen hin zu einer oligopolistischen Versorgungslandschaft entwickelt und wie sich Preise, Investitionen, Erlöse und Beschäftigung verändert haben. In bisher einzigartiger Form reflektieren sie aber auch die Veränderungen in der Unternehmens- und Mitbestimmungskultur der Stromversorger. Abgerundet wird die Untersuchung durch einen Blick auf die Chancen und Risiken für die Stadtwerke. Mit seinem integrativen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Ansatz und seiner Fülle von Fakten und Daten ist das Handbuch eine unentbehrliche Informationsquelle für alle, die sich mit Energieversorgung wissenschaftlich, politisch oder praktisch befassen.



**KOMMUNALE KOSTEN- UND LEISTUNGSRECHNUNG  
 GRUNDLAGEN UND UMSETZUNG**

von Rainer Isemann, Christian Müller und Stefan Müller, Reihe: Kommunale Verwaltungssteuerung (KVS), Bd. 3, Erich Schmidt Verlag, Berlin 2009, ISBN 978-3-503-11489-4, 199 Seiten, 34,00 Euro

Im Kontext der Verwaltungsreform muss die Kosten- und Leistungsrechnung intensiver als Steuerungsinstrument genutzt werden. Doch im Vergleich zur Privatwirtschaft sind für ihren Einsatz in den Kommunen spezifische Anpassungen notwendig.

Die Autoren vermitteln Kompetenzen in den betriebswirtschaftlichen Zusammenhängen und der Anwendung der Kosten- und Leistungsrechnung in der kommunalen Praxis.

**Inhalte sind:**

- Grundlagen und weitere Entwicklung
- aktuelle kommunalspezifische Rahmenbedingungen
- Einbindung in das dopische Dreikomponentensystem
- Gestaltungsempfehlungen im Hinblick auf eine leistungsfähige Verwaltungssteuerung.

Mit vielen praktischen Beispielen und in der Praxis erprobten Konzepten!

**RECHTSPRAXIS DER KOMMUNALEN UNTERNEHMEN  
 HANDBUCH**

von Dr. Gabriele Wurzel, Dr. Alexander Schraml und Dr. Ralph Becker (Hrsg.), Verlag C.H.Beck, München 2010, ISBN 978-3-406-58554-8, 618 Seiten, 88,00 Euro

Das Handbuch stellt in systematischer Form, nach Themenkomplexen geordnet, das gesamte Recht der Kommunalen Unternehmen dar. Ausgehend von der Frage, ob und inwieweit Kommunen als Unternehmer tätig sein dürfen, werden die europa- und verfassungsrechtlichen Vorgaben sowie die kommunalrechtlichen Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns der Kommunen behandelt. Weiterhin werden die Rechts- und Betriebsformen, wie z.B. Regie- und Eigenbetrieb, Anstalt öffentlichen Rechts/Kommunalunternehmen, GmbH und Aktiengesellschaft ausführlich dargestellt.

Dem Rechnungs-, Berichts- und Prüfungsweisen, dem Beamten- und Arbeitsrecht, dem Steuer- und Vergaberecht sowie dem Kartell- und Wettbewerbsrecht sind jeweils eigene Kapitel gewidmet. Schließlich werden - für den Praktiker besonders hilfreich - Entscheidungskriterien für die Wahl der geeigneten Rechts- und Betriebsform eines kommunalen Unternehmens genannt.

Die 2. Auflage bringt das Werk durchgängig auf den Stand Juni 2009. Zusätzlich aufgenommen ist ein neues Kapitel mit ausgewählten Praxisbeispielen zu folgenden Themen:

- Öffentlicher Personennahverkehr
- Abfallentsorgung
- Krankenhäuser, Soziale Einrichtungen, Pflegeheime
- Kultur

Das Werk wendet sich an kommunale Unternehmen und deren Entscheidungsträger/Berater, Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Unternehmen, Aufsichtsbehörden und an Personalvertretungen.

## Junge Kommunalpolitik

# Neuaufgabe der *junior*-sgk



**Zu einer ersten Sitzung traf sich die vom SGK Landesvorstand eingesetzte Projektgruppe „Junge Kommunalpolitik“. Unter Leitung von Landesgeschäftsführer Bernhard Daldrup und dem Projektgruppensprecher Sebastian Hartmann begann sie Anfang September mit ihrer Arbeit.**

Die Projektgruppe setzt sich zusammen aus SGK-Geschäftsstelle, NRWJusos, NRWSPD sowie aktiven Kommunalpolitiker/innen aus NRW bis hin zum Bürgermeister.

Der klare Arbeitsauftrag umfasst die Revision der *junior*.sgk, die vor knapp zehn Jahren startete. Der Ansatz soll grundlegend fortentwickelt und an heutige, veränderte Bedingungen angepasst werden. Ziel ist es, junge Kommunalpolitiker/innen, Männer wie Frauen, für die kommunale Politik zu begeistern und langfristig zu binden. Weiterer Schwerpunkt ist die Gewinnung neuer Mitglieder für Partei und Fraktionen über die Kommunalpolitik, in dem Zugänge wie Beteiligungsmöglichkeiten kritisch überprüft und anders gestaltet werden.

In der Auftaktsitzung wurden Aspekte regionaler Vernetzung ebenso wie Möglichkeit der Verknüpfung mit Landes- und Bundespolitik diskutiert. Es bildeten sich so vier konzeptionelle Bereiche heraus: Gewinnung neuer Mitglieder, Bindung junger Kommunalpolitiker/innen, Netzwerke zum Erfahrungsaustausch und Kooperation, Einbeziehung von Partnerorganisationen und ihren Programmen für jüngere Kommunalpolitiker/innen.

Die Gruppe setzte sich einen engen Zeitplan. Bereits im Dezember und nach zwei Projektgruppentreffen, soll ein Konzept dem SGK-Landesvorstand vorgelegt werden. Der „Neustart“ für junge Kommunalpolitiker/innen ist für den April 2011 geplant.

Die breit gefächerte Zusammensetzung der Projektgruppe ist Garant für Themenvielfalt und Diskussionsfreude. Weitere Anregungen und Berichte über praktische Erfahrungen sind herzlich willkommen. Kontaktperson in der SGK ist Johanne Fuchs ([johanne.fuchs@sgk-nrw.de](mailto:johanne.fuchs@sgk-nrw.de)).



**Mitglieder der Arbeitsgruppe „Junge Kommunalpolitik“**

Fünfter von rechts: **Sebastian Hartmann**, Sprecher  
Links im Bild: **Veith Lemmen**, neugewählter Vorsitzender der NRWJusos.

Bernhard Daldrup und Sebastian Hartmann stellten zum Abschluss des ersten Treffens fest: „Wir haben uns auf dem Weg gemacht, ein zentrales Aufgabengebiet kommunaler Politik kritisch zu diskutieren und neuaufzustellen.“

## Aus unserem Sudelbuch

Kaum dass die Landesregierung gewechselt hat, beklagen CDU und FDP in separaten Anträgen den „desolaten Zustand vieler kommunaler Haushalte“ (CDU), „die ihre Pflichtaufgaben zur Daseinsvorsorge nicht mehr ohne die Inanspruchnahme immer neuer Kredite zu Lasten nachfolgender Generationen erbringen können“ (FDP).

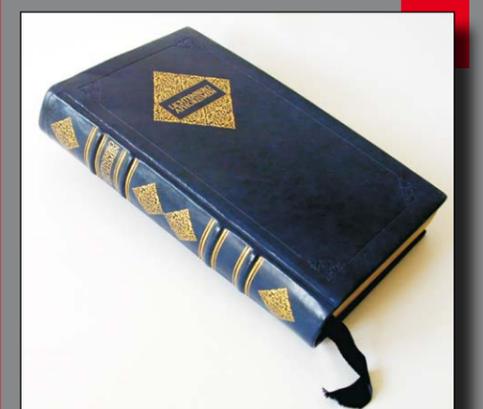
„Der vorhergehenden Landesregierung war die angespannte Finanzlage der Kommunen bewusst“, schreibt die CDU und der Leser denkt: Na ja, aber gestört hat's sie auch nicht. Noch selbstbewusster die FDP: „Die bisherige schwarz-gelbe Landesregierung hat dieses Problem früh erkannt und sich im Rahmen ihrer Regierungsverantwortung dafür eingesetzt, die krisenbedingten Einnahmeausfälle bestmöglich abzufedern.“

„Da haut's di nieder“ möchte man bayrisch fremdelnd seine Entrüstung angesichts solchermaßen derber Vergesslichkeit der vermutlich kommunalfeindlichsten Regierung der letzten Jahrzehnte in NRW zum Ausdruck bringen, auch wenn die Sehnsucht unverkennbar ist, die Schuld am christdemokratischen Debakel vor allem den „Berlinern“ zuzuschreiben, gerade so als gebe es gar keine nordrhein-westfälischen „Windbeutel“.

Doch dürfte die Wirkung solcher Anträge verpuffen. Nicht nur wegen des realiter völlig gegensätzlichen Handelns der schwarz-gelben Regierung in NRW. Nein, diese Form eines recht groben Umgangs mit der Geschichte ist nicht neu.

„Affentheuerliche ...Geschichtsklitterung“ lautet der Titel des Buches von Johannes Fischart (1546-1591), eine freie und hinzudichtende Übersetzung eines französischen Werkes (Rabelais), das fast 500 Jahre auf dem Buckel hat und mir angesichts der christ- und freidemokratische Fabulierkunst dabei in den Sinn kommt.

Doch ist der schwarz-gelbe Sturm der Entrüstung über die Hilfen der neuen Landesregierung, nicht einmal eine kräftige Brise: „Oh nein. Wenn es noch Wind gewesen wäre, es war aber mehr ein wehendes Vakuum.“ (Lichtenberg).



## SPD-Landtagsfraktion komplettiert Vorstand



Fraktionschef **Norbert Römer** ist im Vorstand für die Bereiche Industrie- und Energiepolitik sowie Landesplanung zuständig.

**Britta Altenkamp**, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, betreut den Haupt- und Medienausschuss.



Die Stellvertreter/innen  
**Heike Gebhard** (Gesellschaftspolitik),  
**Renate Hendricks** (Bildungspolitik)  
**Hans-Willi Körfges** (Staatspolitik) und  
**Rainer Schmelzter** (Infrastrukturpolitik).



**Carina Gödecke**, bisherige Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, wurde zur 1. Vizepräsidentin des Landtags von NRW gewählt. Sie ist außerdem Vorsitzende des kommunalpolitischen Ausschusses des Landtages.

## NRW-Kulturbericht 2009 erschienen

Zum dritten Mal ist bereits im Sommer der Kulturbericht des Landes Nordrhein-Westfalen (Landeskulturförderung 2009) erschienen. Der von der Kulturabteilung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft erstellte Bericht gibt einen Überblick über alle Förderungen des Landes ab 20.000 Euro und bildet die thematische Struktur der Kulturförderung ab. Im Schwerpunkt wird im Bericht 2009 die »Landesinitiative Substanzerhalt« ausführlich beschrieben. Besonderes Merkmal dieses Berichtes ist, dass im Zahlenwerk im Anhang die Struktur und Entwicklung der Landeskulturausgaben einer ganzen Legislaturperiode abgebildet sind.

Der Bericht ist kostenlos zu bestellen bei den Gemeinnützigen Werkstätten Neuss GmbH unter der E-Mail-Adresse: [stk@gwn-neuss.de](mailto:stk@gwn-neuss.de) (Publikationsnummer **K062**).

## 20 Jahre SGK BRANDENBURG

Die SGK in Nordrhein-Westfalen stand quasi Pate bei der Gründung ihrer „kleineren Schwester“ am 15. September 1990 in Neuruppin – einen Monat vor der ersten Landtagswahl in Brandenburg. Sie ist die größte und – eine Besonderheit – die einzige SGK in den neuen Ländern, die noch zu Zeiten der DDR gegründet wurde und sie entwickelte sich zu einer echten Erfolgsgeschichte für die Kommunen in Brandenburg.

**HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH**